

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Schriftband bezogen für Deutschland, Danzig, des Saars und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Abbestellung, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die unregelmäßige Konsumverteilung oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inflationsteuer. Keine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inflationsteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen nach Erklärungshefte 3,75 M. netto pro Zeile. Größen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auf dem Wege zur Verständigung

Die Zweiteilung des Gutachtens

Nach den heute vorliegenden Auszügen aus der Pariser Presse scheint dort die Befürchtung zu herrschen, daß die weitere Entwicklung der oberschlesischen Frage sich nicht ganz glatt vollziehen werde. Insbesondere soll man im französischen Auswärtigen Amt unangenehm davon überrascht gewesen sein, daß in einer englischen Note vom 12. Oktober erklärt worden sei, daß die Entscheidung des Völkerbundes geprüft werden müsse, ob sie mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages auch vollkommen übereinstimme, woran man in Frankreich bisher geglaubt habe. Um aber jetzt eine schnelle Entscheidung des Obersten Rates zu ermöglichen, müsse man eine Teilung des Vorschlages vornehmen. Die Alliierten seien zweifellos berechtigt, die Grenzlinie zu ziehen; in wirtschaftlichen Fragen jedoch müßten besondere Vorschläge gemacht werden, für die dann die Zustimmungen Deutschlands und Polens einzuholen seien.

Die nachstehend wiedergegebene Havas-Nachricht, die anscheinend regierungsoffiziösen Charakter trägt und deren Inhalt erkennen läßt, daß die Pariser Presse vom Auswärtigen Amt zu ihrer Meinungsäußerung veranlaßt worden ist, faßt den Gedanken der Zweiteilung des Genfer Gutachtens in bestimmte Formen. Das wesentliche daran ist, daß Deutschland und Polen angeraten werden soll, sich über die wirtschaftlichen Fragen des künftigen Oberschlesiens zu verständigen. Um Deutschland für diesen Gedanken zu gewinnen, will man ihm nach einer Wolff-Nachricht aus Genf gewisse Zugeständnisse nationaler Art machen, mit deren Hilfe es dann einen starken Druck ausüben könnte. Am zugunsten der polnischen Wirtschaftsinteressen eine Wirkung zu erzielen, sollen Vergünstigungen für die Bevölkerung der abgetrennten Gebiete geschaffen werden, die aber nur dann in Kraft zu treten hätten, wenn Deutschland das Abkommen annimmt.

Es ist möglich, daß es sich vorläufig nur um französische Vorschläge handelt; England wird ihnen aber sicherlich beitreten, da es gleichfalls an der endgültigen Liquidierung der oberschlesischen Frage interessiert ist. Die Erkenntnis davon, daß nur durch eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Polen das oberschlesische Problem gelöst werden kann, kommt allerdings reichlich spät. Und für die Regierungen der beiden Länder ist es recht beschämend, daß sie erst von der Entente auf diesen Weg gewiesen werden müssen. Wenn auf beiden Seiten der gute Wille dazu vorhanden gewesen wäre, so hätte sich eine Verständigung schon längst erzielen lassen können. Statt dessen aber hat man durch die nationalistische Verheerung der Bevölkerung, durch die gegenseitige wirtschaftliche Absperrung, durch mancherlei politische Schikane die Gegensätze immer aufs neue verschärft und dadurch dem Wirtschaftsleben beider Länder unendlichen Schaden zugefügt.

Nach einer Drahtmeldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Genf erhebt man dort aus den eingetroffenen deutschen Zeitungen mit Erstaunen, mit welchen Phantasienarrichten die deutsche Deffektivität in den letzten Tagen in bezug auf Oberschlesien gefüttert worden ist. An informierter deutscher Stelle wird die dadurch hervorgerufene Irrführung der öffentlichen Meinung auf das lebhafteste bedauert, weil sich ihre Rückwirkung in den Äußerungen der neutralen und besonders der alliierten Presse bereits bemerkbar mache.

An dieser Irrführung der öffentlichen Meinung hat sich die ganze bürgerliche Presse schuldig gemacht, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die das jetzt feststellen muß, war an dem verlogenen Treiben nicht an letzter Stelle beteiligt.

Empfehlung zur Verständigung

Paris, 13. Oktober.

Havas meldet: Nach erfolgter Prüfung des amtlichen Textes des Gutachtens des Völkerbundesrates werden die alliierten Mächte ihre Ansicht über das zu befolgende Verfahren kundgeben. Die englische Regierung hat tatsächlich den Wunsch geäußert, festzustellen, ob die Empfehlung des Völkerbundesrates dem Versailler Vertrage entspreche, bevor sie bestätigt wird. Havas bemerkt hierzu: In dieser Beziehung scheint es kaum einen Zweifel zu geben. Das Gutachten des Völkerbundesrates enthalte zwei voneinander getrennte und unabhängige Teile. Der erste Teil enthalte die Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien. In dieser Beziehung ergäben sich also keine Schwierigkeiten. Die Vertreter der Alliierten hätten nur die vom Völkerbundesrat vorgeschlagene Grenze anzunehmen. Abgesehen von der Grenzlinie enthalte das Gutachten aber noch Punkte betreffend wirtschaftliche Fragen, deren Annahme vom Völkerbundesrat als wünschenswert zur Beendigung der Grenzlinie erachtet wird.

Havas fährt fort: Während der Vertrag den Alliierten die Pflicht auferlegt, die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien festzusetzen, sehe er keinerlei Beschränkung bezüglich der politischen Souveränität der beiden Staaten nach der Grenzsetzung vor. Es wünschenswert auch ein vorläufiges Wirtschafteregime, wie es vom Völkerbundesrat empfohlen werde, erscheine, könne es doch nicht geziemlich den beiden beteiligten Parteien auferlegt werden, man werde sich also darauf beschränken, den Polen und den Deutschen zu raten, sich miteinander zu verständigen, um die Ausbeutung des Industriegebietes zu sichern. Bezüglich der Grenze werde von den Alliierten eine endgültige Entscheidung getroffen werden, bezüglich des vorläufigen Wirtschafteregimes aber nur eine Empfehlung erfolgen.

Dr. Sthamer bei Lord Curzon

E.C. Paris, 14. Oktober.

Der „Petit Parisien“ meldet aus London, daß bei der gestrigen Besprechung zwischen Lord Curzon und Sthamer der deutsche Botschafter ausgeführt habe, das englische Kabinett könne nicht eine Entscheidung bestätigen, die unzweifelhaft heftigen Unwillen in Deutschland erregen müßte und die Demission des Kabinetts Wirth nach sich ziehen würde. Lord Curzon habe Dr. Sthamer erklärt, daß diese Vorstellungen nicht am Platze wären. Die englische Regierung sei durch Verpflichtungen gebunden, die sie unbedingt innehalten müsse. Er hoffe übrigens, daß sich Deutschland im letzten Augenblick darüber Rechenenschaft ablegen werde, daß es alles verlieren würde, wenn es sich nicht loyal dem Schiedspruch des Völkerbundes füge.

Keine Konferenz des Obersten Rates?

Paris, 13. Oktober.

Die „Agence Havas“ berichtet, es habe nicht den Anschein, daß eine Konferenz des Obersten Rates nötig sei, um den Vorschlag des Völkerbundesrates zu bekräftigen. Das sei zum wenigsten die Ansicht, die in Paris vorherrsche, und sie scheine auch in London geteilt zu werden. Somit würde wahrscheinlich dem Völkerbundesrat die Aufgabe zufallen, die Entscheidung der Alliierten Warschau und Berlin mitzuteilen, was zweifellos zu Beginn der nächsten Woche erfolgen werde. Vorher würde die Interalliierte Kommission inoffiziell verständigt werden, die alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen haben werde. Binnen einem Monat nach der Ratifizierung der Entscheidung würden die polnische und die deutsche Regierung für die Verwaltung ihrer Gebiete zu sorgen haben. Die Aufgabe der Interalliierten Kommission werde sofort nach der Zurückführung der französischen Truppen ihr Ende finden.

Eine englische Drohung

London, 14. Oktober.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, es sei klar, daß einige der Bestimmungen betreffend Oberschlesien über den Vertrag von Versailles hinausgingen, es werde notwendig sein, daß sowohl Deutschland als auch Polen ihnen zustimmten. Wenn eines der beiden Länder sich weigern sollte, dies zu tun, so werde sich der Oberste Rat vielleicht gezwungen sehen, die territoriale Entscheidung zugunsten des anderen Landes abzuändern.

Der Vorschlag in London eingetroffen

London, 14. Oktober

„Morning Post“ berichtet, daß der Wortlaut des Vorschlages des Völkerbundes zur Lösung der oberschlesischen Frage gestern mittig in London eingetroffen sei. Der Text müsse vor seiner Veröffentlichung dem Obersten Rat der Alliierten unterbreitet werden. In Anbetracht, daß sich der Oberste Rat jedoch verpflichtet habe, den Vorschlag des Völkerbundes anzunehmen, werde die Veröffentlichung bald erfolgen.

Für die Aufhebung der militärischen Sanktionen

Paris, 14. Oktober.

Gustave Terny schreibt im „Deuvre“, es verhehe sich nach der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen von selbst, daß auch die militärischen Sanktionen aufgehoben werden müßten, denn die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg habe nur den Zweck gehabt, den Zollring aufrecht zu erhalten. Die Gendarmerie habe den Zollbeamten unterstützt. Nachdem der Zollbeamte fort sei, sei der Gendarm überflüssig.

Am 15. November keine Zahlung

E.C. Paris, 14. Oktober.

Heute wird eine interalliierte Garantiekommision hier ein treffen. Es steht bereits fest, daß Deutschland am 15. November keine Zahlungen zu leisten hat, da diese durch die Naturalleistungen vom 1. Mai bis 31. November vollkommen gedeckt sind.

Geldentwertung und Ernährungsaussichten

Der Sturz der Mark geht Tag für Tag weiter. Der Dollar wurde am Donnerstag an der Berliner Börse bereits mit 143½ notiert. Die Mark ist also nur noch 2½ Pfennig wert. Daß dieser katastrophale Sturz unseres Geldwertes von einer stürmischen Aufwärtsbewegung aller Preise begleitet sein wird, haben wir wiederholt dargelegt. Am allermeisten aber tritt das hervor bei den Preisen für die Lebensmittel. Hier ist Deutschland gegenwärtig noch im großen Umfange auf die Zufuhr aus dem Auslande angewiesen. Der Preis auf dem Weltmarkt bestimmt also auch den inländischen Preis, so daß jedes weitere Sinken der Mark sich unmittelbar äußert in einer Erhöhung der Preise auch für die inländischen Lebensmittel.

Am deutlichsten ist diese Entwicklung beim Getreide. Nur ein kleiner Teil gelangt zu amtlichen Höchstpreisen, an die Verbraucher. Der größere Teil der Ernte unterliegt der Preisbestimmung des Weltmarktes. Je größer die Entwertung der Mark, um so höher der Preis im Inlande, um so größer der Konjunkturgewinn, den Erzeuger und Händler erzielen. Während an den ausländischen Märkten, insbesondere in Amerika, der Preis für Getreide fortgesetzt sinkt, steigt er bei uns. Niemand weiß, wie weit diese Preiserhöhung gehen wird, so berichtet gestern die „Vossische Zeitung“ über den Warenverkehr an der Berliner Börse. Die Mehrzahl der Angebote aus dem Inlande sei zurückgezogen worden, oder die Forderungen wurden wesentlich erhöht. Die Preise stiegen merklich. Es ist infolgedessen gar kein Zweifel, daß der Preis für das freie Mehl oder Brot sich in den nächsten Wochen wesentlich höher stellen wird als bisher. Wahrscheinlich ist aber auch eine Rückwirkung auf den Preis des rationierten Brotes. Denn da das Reich zur Versorgung der Bevölkerung auf den Ankauf von ausländischem Getreide angewiesen ist, so steigt die Belastung der Reichskasse in dem Maße, wie die Preise für ausländisches Getreide steigen. Bei den Absichten der Regierung, die Zuschüsse zur Verbilligung des Brotes abzubauen, wird also auch das zu dem Versuch führen, den Preis für das rationierte Brot wesentlich zu erhöhen.

Ebenso nachteilig wirkt die Geldentwertung auf die Fett-, Butter- und Milchversorgung der Bevölkerung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der letzten Erhöhung der Margarinepreise, die erst vor wenigen Tagen erfolgt ist, und dem fortgesetzten Steigen des Butterpreises auch eine weitere Steigerung der Milchpreise folgen wird. Die Landwirte, die sich nur von dem Streben nach Erzielung größerer Gewinne leiten lassen, haben die Abhängigkeit der Städte ausgenutzt und durchgeleitet, daß der Milchpreis sich nicht nach den Produktionskosten, sondern nach dem Butterpreise richtet. Das aber bedeutet in Zeiten der Geldentwertung dauernde Steigerung der Preise für dieses unentbehrliche Nahrungsmittel. Dieser Zustand ist unerträglich. Er ist eine Gefahr für die Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung und eine Gefährdung des Lebens von Säuglingen und Kindern. Ist es nicht möglich, die Erzeuger zur Einsicht zu bringen, daß eine Förderung dieser Entwicklung ein Verbrechen ist, so muß die Gesetzgebung eingreifen und verhindern, daß Millionen Menschen in den Großstädten zum Opfer dieser von anderen verschuldeten Entwicklung werden.

Am trübsten sind aber die Aussichten für die Kartoffelversorgung. Zwar erzeugen wir Kartoffeln in ausreichenden Mengen im Inlande und führen Kartoffeln höchstens in geringem Umfange aus dem volatilschwachen Polen ein. Trotzdem wollen auch hier die Erzeuger die Weltmarktpreise erzielen. Eine Abordnung von Landwirten aus dem Siegerlande hat, wie der Ministerpräsident Stegerwald im Hauptausschuß des Preussischen Landtages mitteilen mußte, die unerhörte Forderung gestellt, daß der Kartoffelpreis sich richten solle nach dem Dollarpfennig! Das aber würde bedeuten Steigerung der Kartoffelpreise weit über den Umfang der jetzigen Steigerung hinaus. Diese Forderung war vor auszusehen. Denn wenn die Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse sich nach den Weltmarktpreisen richten, so kann bei freier Wirtschaft der Preis für Kartoffeln keine Ausnahme davon machen. Die freie Wirtschaft hat also dahin geführt, daß die Landwirtschaft zur Kuhnierin der Geldentwertung, zur Kuhnierin des Steigens der Not der Massen geworden ist.

Dieser Entwicklung ist Einhalt zu gebieten durch die Befestigung des freien Handels. Denn die Festlegung von Höchstpreisen allein genügt nicht. Sie verfehlen bei freiem Handel ihre Wirkung. Sie führen nur zur Abwanderung der Ware in die Kanäle des Schwarzhandels. Sie haben keine Milderung der Not der verbrauchenden Massen zur Folge. Deshalb werden Höchstpreise nichts nützen, sie können aber wesentlich schaden. Es ist erstreulich, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beschlossen hat, den Kampf gegen die Auswucherung der werttätigen Bevölkerung bei der Beschaffung des wichtigsten Nahrungsmittels, der Kartoffeln, besonders tatkräftig zu fördern. Er muß sich deshalb zum Träger der von uns

erhöhen Forderung nach Einführung eines Umlagezwangsverfahrens für Kartoffeln machen. Das ist der einzige Weg, der dem unerhörten Wucher mit Kartoffeln ein Ende bereiten kann.

Es wird der ganzen Kraft der Arbeiterklasse bedürfen, um diese Forderung durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien haben begriffliche Furcht davor, zuzugeben, daß ihr freier Handel schmachlich Bankrott gemacht hat. Sie wollen die Erkenntnis nicht aufkommen lassen, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und in Zeiten ungenügender Erzeugung und Abhängigkeit vom Weltmarkt der freie Handel gleichbedeutend ist mit schrankenloser Auswucherung des Volkes. Die bürgerlichen Parteien trauen zwar von Mitleid wegen der hohen Kartoffelpreise. Sie alle fragen die Regierung, was sie zu tun gedenke, um den hohen Kartoffelpreisen entgegenzuwirken. Als aber gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Unabhängige Sozialdemokratie den Ausweg zeigte, der die notleidende Bevölkerung schützen könne, da demas-tierten sie sich und verhinderten die Beratung des Antrages, der die Einführung des Umlagezwangsverfahrens für Kartoffeln verlangte.

Der Kampf gegen die Folgen der Geldentwertung wird zur dringenden Aufgabe für die gesamte Arbeiterklasse. Raum ist irgendeiner Lohnerhöhung erkämpft, da ist sie bereits wettgemacht durch neue Preissteigerungen. Keine Arbeiter-, keine Angestellten-, keine Beamten-schaft ist imstande, ihre Lebenshaltung aufrechtzuerhalten. Tag für Tag verschlechtert sie sich und verschlechtert sich um so mehr, je stürmischer die Abwärtsbewegung des Marktes geht. Jetzt zeigt sich die Richtigkeit der vorausschauenden Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Bei Beratung des Getreidegesetzes, das die stürmische Welle der Preissteigerung einleitete, forderte sie gesetzliche Schutz für die Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler und automatische Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Geldentwertung. Die Erfüllung dieser Forderung darf jetzt nicht länger aufgeschoben werden. Es muß eine der ersten Aufgaben des Reichstages sein, zu ihr Stellung zu nehmen. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird die Gelegenheit hierzu geben.

Der Kartoffelwucher

Eine Interpellation der USPD. im Landtag

Die Fraktion der USPD. hat im preussischen Landtag folgende Interpellation eingebracht:

„Die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt drohen zu einer Katastrophe zu werden. Nach den Ermittlungen der Interpellationskommission betragen die Produktionskosten für Kartoffeln 1920/21 pro Zentner 20 M. Trotzdem wir uns noch in der Kartoffelernte befinden, werden von den Produzenten Preise von 45 bis 60 M. ab Feld pro Zentner gefordert, in verschiedenen Landesteilen noch weit höhere Preise. Hinzu kommt eine weitere unerhörte Vertenerung durch Zwischenhandel und Kleinverkauf, so daß Preise bis zu 100 M. für den Zentner im Einzelverkauf verlangt werden. Auch sind Bestrebungen im Gange, Kartoffeln zurück zu halten, um noch höhere Preise zu erzielen.

Welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um diesen schamlosen Wucher zu unterbinden und zugleich die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen sicherzustellen?

Ist die Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung auf den schleunigen Erlass eines Gesetzes, das die Einführung eines Umlagezwangsverfahrens für Kartoffeln vorsieht, hinzuwirken?

Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die durch die Teuerung besonders hart betroffenen Schichten der Rentempfangler, Erwerbslosen usw. vor dem drohenden Verhungern zu schützen?

Neubesetzung des Breslauer Polizeipräsidenten. Zum Polizeipräsidenten von Breslau ist an Stelle des zur Disposition gestellten Regierungsrats Liebermann der bisherige Oberstaatsanwalt in Landsberg a. W., Kleinböhmert, ernannt worden.

Der Wahltag

Erzählung von Gottfried Keller

Der achtzigjährige Friedensrichter Bergmann sah an einem schönen ersten Sonntagmorgen lang und schlau, wie er geblieben war, hinter dem Tisch in stiller Stube und studierte etwas. Er dachte, daß es schon einen ziemlichen Gang auf seinen hochgelagerten Matten gemacht, ein Stück Brot in der Hand und trank dazu ein Glas von seinem heiteren Wein, der ruhig und kühl war, wie der Mann. Der war so lange schlau und munter geblieben, weil ihm nicht, wie den heutigen Spekulanten und Gelüstern, kein Wein süß und feurig genug, kein Vergnügen zu teuer und kein Tag wechselvoll genug war.

Was der alte Bergmann studierte, war aber die Proklamation der Regierung, worin diese das gleichgültige Volk gar nötiglich anfang, daß es doch seiner Bürgerpflicht genügen, sein Ehrenrecht gebrauchen und an den Erneuerungswahlen teilnehmen möchte, aus denen abermals ein großer Rat hervorgehen und das Regiment neu bestellt werden sollte, und zwar am Nachmittag selbigen Sonntagmorgens. Er las alle solche Kundmachungen vor oben bis unten sehr aufmerksam und kritisch; wenn sie zu geschwollen waren, zu prahlerisch oder zu stierlich, so verzog er etwas spöttlich den Mund; waren sie aber zu trocken, zu amtlich, hölzern und ungelassen, so ärgerte es ihn wiederum und er meinte, da sei er kein Wunder, wenn alle Wärme und aller Glanz des öffentlichen Lebens dahingingen; kurz, es war schwer, es ihm recht zu machen.

Denn es war dem Bergmann bei diesen Dingen so feierlich zumute, als ob das Gewissen des Landes selbst redete, und da dünkte es ihn nicht gleichgültig, welche Sprache dasselbe führe. Heute schien er jedoch nicht über zufrieden zu sein; und als drei wandernde Handwerksbrüder zum Fenster hereintraten kamen, nämlich ein ganz neuer weißer Sommervogel, eine lose Apfelblüte und ein verdorrenes Baumblatt vom vorigen Jahr, welche alle drei sich auf die Wahlproklamation niederließen, da wurde er fast gerührt, und diese Boten des Lebens und Todes gemachten den Bergmann an den ewigen Wechsel und die Vergänglichkeitsirdischer Dinge. Er wunderte sich, daß das Gemeinwesen, welches jene Proklamation ausstrahlte, in diesem Wechsel schon so lange bestand, an die fünfhundert Jahre, mit seinen zweihundert Ratsmännern; und in Betracht, daß auch diese fünfhundert Jahre, selbst wenn sie sich verdoppeln sollten, nur ein Augenblick seien gegenüber der Ewigkeit, nahm er sich vor, heute ebenfalls wieder und vielleicht zum letztenmal zu den Wahlen zu gehen, um, soviel an ihm lag, den belagerten Augenblick benutzen zu helfen und leberzeit seine Pflicht zu tun.

Der alte Bergmann hatte drei Enkel im Hause von einem verstorbenen Sohn, kräftige und blühende Burschen, welche seinen

Berdientes Lob

Die gestrigen Äußerungen des „Berliner Tageblattes“ über die Notwendigkeit eines neuen politischen Kurses in der Reparationsfrage, auf die wir bereits in der heutigen Morgenausgabe hinwiesen, haben, wie zu erwarten war, helle Freude bei den Deutschnationalen erweckt. Die „Deutsche Tageszeitung“ registriert mit Genugtuung diesen Umfall des führenden demokratischen Organs und bemerkt nach Wiedergabe der entsprechenden Äußerungen des „Berliner Tageblattes“:

„Also kein Wort mehr von der „Erfüllungspolitik“, sondern Reuorientierung im Sinne einer Revision des Ultimatus, das heißt Abkehr von der Grundlage des Kabinetts Wirth. Die Demokraten kommen damit dem Kernpunkt des ganzen Problems endlich einmal näher.“

Das deutschnationale Organ bemerkt ganz richtig, daß der Kernpunkt des Problems — von seinem Standpunkt aus — in der Abkehr von den Grundlagen des Kabinetts Wirth besteht. Womit wieder einmal erwiesen ist, daß die feilketonistische Politik des „Berliner Tageblattes“ der äußersten Reaktion in die Hände arbeitet und dahin führt, daß die Demokraten ihren eigenen Koalitionsgenossen in der Regierung in den Rücken fallen.

Die Deutschnationalen wundern sich

In der „Deutschen Zeitung“ und in der „Kreuzzeitung“ werden Betrachtungen darüber angestellt, weshalb Wirth im Amte bleibe, trotzdem er nach der Auflösung der deutschnationalen Kreise eine politische Niederlage erlitten habe. Die „ernsthaftesten Politiker“ hätten doch behauptet, daß durch den Genfer Beschluß das Kabinetts Wirth unmöglich gemacht worden sei, und man wundere sich darüber, daß der Reichskanzler trotzdem an seinem Amte bleibe.

Die Verwunderung der Deutschnationalen ist verständlich. Sie wissen von ihrem Leuten, daß sie sofort das Hofenpanier ergreifen, sobald die Sache für sie beuglich wird. Wilhelm von Hohenzollern ist nach dem Zusammenbruch im November 1918 schleunigst nach Holland verduftet. Ludendorff hatte sich nach Schweden vertrußt, um dort als beschuldigter Handlungseiferer Erich Lindström wieder aufzutreiben. Auch Kapp ist nach nordischen Gefilden entzückt und der tapfere Ehrhard ist erholt in den Tiroler Bergen von den Anstrengungen seiner monarchistischen Umtriebe. In diese glänzenden Vorbilder denken offenbar die Kumpane Lindströms, wenn sie sich darüber wundern, daß es auch noch bürgerliche Politiker gibt, die nicht sofort die Spitze ins Korn werfen, wenn nicht alles nach ihren Wünschen geht.

Die Wiederherstellung Europas

Reparations- und Währungsprobleme auf der Londoner Konferenz

London, 13. Oktober.

In der Konferenz für wirtschaftliche Wiederherstellung und Weltfrieden erklärte Henderson in einer Rede, die die Washingtoner Konferenz am meisten beschäftigten werde, sei die Politik mit Bezug auf China. Es sei bekannt, daß mächtige finanzielle Interessen die Haltung der Koalitionserklärung in dieser Frage beeinflussen. England könne nicht erträglich vertragen, die Ausgaben für die Reparationen einzusparen, solange die britische Politik auf wirtschaftliche oder finanzielle Ausbeutung gerichtet sei. Der Völkerbund sei ein mögliches Stück aus dem Braut der Hoffnungen der Völker, das während der Pariser Friedenskonferenz gerettet worden sei. Henderson forderte die Abhaltung des Obersten Rates, damit der Völkerbund die volle Verantwortung für die Wiederherstellung Europas übernehmen könne.

Der japanische Delegierte Visconte Kano erklärte, wirtschaftlicher Erfolg veranlasse die amerikanische Regierung zur Einberufung der Washingtoner Konferenz. In der Mongolei herrsche ein großer Interessentkonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Die Frage müsse vom Völkerbund, nicht von einzelnen Mächten geregelt werden.

Der deutsche Delegierte Professor Bonns sprach über die Reparations- und Währungsprobleme. Er sagte, die fallende deutsche Valuta setze Deutschland in Stand, seine Konkurrenten zu unter-

bieten. Deutschlands Konkurrenten seien kein Gläubiger. Sie beständen auf Zahlung, sie verhinderten Deutschland jedoch, diese Zahlungen zu leisten, und sie zwängen Deutschland, in unfairen Wettbewerben zu treten, indem sie seine Valuta entwerteten. Bonn erklärte, er wolle die Frage der Herabsetzung der jährlichen Reparationszahlungen nicht erörtern, denn die Alliierten, namentlich Frankreich und Belgien, seien von diesen Zahlungen abhängig. Wenn die deutsche Valuta sich aber erholen sollte, so müsse ein anderer das harte Geld vorstrecken, mit dem Deutschland Frankreich bezahlen könne. Bei dem augenblicklichen Mangel an Kapital könne das internationale Finanzproblem nicht gelöst werden ohne die Schaffung von Krediten durch Ausgabe internationalen Papiergeldes. Dieses internationale Geld müsse von allen Regierungen oder Zentralbanken zum Barterfusse angenommen werden. Dieses Geld könnte als besondere Reserve benutzt werden, damit die verschiedenen Regierungen oder Banken Banknoten ausgeben könnten.

London, 13. Oktober. (Reuter.)

Die Internationale Wirtschaftskonferenz, die eine ganz unoffizielle Versammlung ist, nahm heute eine Entscheidung an, worin sie erklärte, daß die deutschen Reparationszahlungen in dem jetzt geforderten Maße dem Wirtschaftsleben aller Nationen schädlich sind und in hohem Grade die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verschulden.

Die westungarische Frage

Die italienische Vermittlung

Wien, 13. Oktober.

Das Teleg. Corr. Bureau meldet aus Venedig: Heute um 10 Uhr vormittags fand die Unterzeichnung des Schlußprotokolls statt, das die Ergebnisse der Besprechung enthält. Auf Grund dieser Besprechung, die den Versuch darstellt, dem österreichischen wie dem ungarischen Standpunkt Rechnung zu tragen, vor allem aber die Befreiung des Burgenlandes von den jetzt herrschenden Banden zu bewirken sowie die ruhige Besetzung des Landes zu gewährleisten, wird die österreichische Regierung dem Ausschuh für Austerres und dem Nationalrat Bericht erstatten.

Wie aus Wien berichtet wird, ist das Ergebnis der Konferenz in Wiener politischen Kreisen äußerst ungünstig aufgenommen worden. Nach allgemeiner Ansicht dürfte die gegenwärtige Regierungsmehrheit, die sich aus Großdeutschen und Christlichsozialen zusammensetzt, die Vorkommen nicht ratifizieren. Unter diesen Umständen darf man den Erklärungen des Bundespräsidenten Schober im Nationalrat mit Spannung entgegensehen.

Teuerungsdemonstrationen in Wien

Wien, 14. Oktober.

Wien war gestern Abend der Schauplatz großer Kundgebungen. Sie nahmen ihren Ausgang von einer großen Frauendemonstration in der Hofstraße, die unter der Tagesordnung „Wir können nicht weiter!“ einberufen war und gegen die fürchterliche, überhandnehmende Teuerung Stellung nahm. Nach der Versammlung, die einen sehr bewegten Verlauf nahm, zogen die Teilnehmer in einem Zuge von einigen tausend Frauen zum Parlament und verlangten dort stürmische Erklärungen der Regierung. Finanzminister Gurtler hielt eine Ansprache, in der er sagte, daß es der Regierung unmöglich sei, für die billige Lieferung des Brotes an die Bevölkerung etwas zu tun. Die neue Politik des Landes müsse auf den Abbau der staatlichen Lebensmittelausschüsse gerichtet sein. Die Regierung könne nur noch für die Minderbemittelten einstreuen. Die Demonstranten setzten ihren Weg in geschlossenem Zuge fort, und alle Kreuze der Polizei, die zu streuen, scheiterten an dem Widerstand der Frauen. Es gelang einer starken Menge, unter die sich auch Böbel gemischt hatte, über die Ringstraße in die innere Stadt zu ziehen. Zahlreiche Personen, die den besten Ständen angehörten, wurden angehalten und verprügelt. Auch Automobile wurden angehalten, ihre Insassen herausgezogen und tätlich angegriffen. Vor der Oper kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Menge rief immer wieder: „Gehen wir zu den Schieberhotels und holen mir uns die Wucherer heraus!“ Tatsächlich kam es vor den Hotels Bristol, Imperial und dem Grand-Hotel zu wilden Szenen zwischen den Demonstranten und den Hotelgästen. Nachdem diese Vorkommnisse längere Zeit gedauert hatten, gelang es der Polizei, die Demonstranten endlich auf dem Schwarzenbergplatz auseinanderzutreiben. Man erwartet auch für die nächste Zeit neue Demonstrationen der Arbeiterbevölkerung, die durch die Überhandnahme der Teuerung in heftige Erregung versetzt worden ist.

wir eben keine Schweizer mehr gewesen sein. Doch jetzt damit! Es gibt auch heute noch Leute genug, die immer Alpentosen im Grunde führen, oder sie gomerzt haben, was schweizerisches Recht und Freiheit eigentlich seien. Sie meinen eben, wenn man nur keinen König über sich habe, so sei der Schweizer fertig. Das ist freilich nun so das Größte von der Sache.

Hier ist die von Anno 1802, die sogenannte Mediationsakte. Das war schon ein besseres Werk und das Beste, das wir bis zur neuen Zeit gehabt haben. Der Bonaparte hat es gemacht und uns gegeben und daher war es immer bitterlich für ein altes Kriegs- und Freiheitsvolk, wenn ein fremder Kaiser und Kriegsmann ihm das Geheg machen mußte, das es selber nicht mehr zumege bringen konnte.

Das ist die von Anno 1814, das die Bundesverfassung von 1815; es ist Herrschaft und zwar von kleinen Herren, die immer weniger über ihre Nase hinaussehen als die großen. Folgt die von 1831, die ich eigentlich gesucht habe. Das ist die erste, die so recht unter eigenes Gewächs ist, drum hat sie auch schon bald dreißig Jahre hergehalten. Glaubt oder nicht, daß das ein sehr kühnliches und vollkommenes Werk sei oder war; vielmehr hat es einen ganz bescheidenen Anfang genommen. Seht, was ich da mit Weisheit durchgezogen habe; da hatte die Stadt Zürich noch 71 Mitglieder in den Großen Rat zu setzen, ohne einen anderen Grund als denjenigen ihrer früheren Herrschaft. Nachdem wir diese bescheidenliche Form unserer Selbstständigkeit sieben Jahre getragen, haben wir endlich Anno 1837 gemagt, ganz aus dem Hühnerford herauszugehen und haben das Wahlrecht auf das ganze aufrechte Volk verlegt. Was geschieht? Nun geht jeder jehtne Mann in die Wahlen, als ob die übrigen alle Fallitur und Bestrafte wären, und dieser jehtne Mann macht ihnen so das Geheg; das heißt sich freiwillig einer Bevogtigung unterziehen. Und dabei singt ihr, wenn ihr einen Schoppen im Leibe habt, mit euren neumodigen Hülfe-Rimmen noch immer die schönsten Freiheitslieder! Habt ihr noch nie gesehen, wie einen gleichgültigen Mann, der an nichts in der Welt teilnehmen möchte, als was seinen Bauch angeht, diese Teilnahme-sucht noch nicht zur Selbstverachtung führte? Das heißt, um seine Kaiser, wie er meinte, zu beschönigen, sagte er zuletzt: Es ist eben mit allem nichts und mit mir auch nicht! Gerade so endet die träge Teilnahme-sucht eines Volkes immer mit der Miachtung seiner Einrichtungen und mit dem Verlust seiner Freiheit. Ueberlebt nur fünfzig Jahre lang die Bestimmung eures Schicksals einigen wenigen fleißigen Männchen, die nicht zu faul sind, in die Gemeinde zu laufen, so werden euch die schon eine Verfassung machen, welche euch der kurzen Mühe des Lebens erhebt, ihr Nachkommen, die ihr euch so danach sehet, als ob man euch in der Kirche die Rale abschneiden wollte!

„Hoho!“ sagte Heiti, „dann sind wir auch noch da. Solange ich aber mit der Sache, wie sie geht, zusiechen bin, so seh ich nicht

ziemlich großen Gütergewinn fleißig bebauen und auch sonst zu allerlei nützen und unnützen Dingen pünktlich bei der Hand waren; nur in keine Gemein- und Kreisversammlungen waren sie zu bringen und fanden stets etwas zu tun, wenn eine solche im Anzug war. Heute aber wollte der Alte bei dem Zupiel nehmen und mit Gewalt hinführen, eh' er von binnen mühte. Er gukte daher wie ein alter Fals aus dem Fenster über sein Ausgelände und in das Tal hinunter, um die Bursche zu erspähen, als sie eben hinter seinem Rücken in die Stube traten und riefen: „Großmutter! Wir gehen alle fort und kommen heute nicht zum Mittagessen!“

„So?“ sagte der Alte. „Seid ihr so eifrig zu den Wahlen? Ihr werdet mich doch mitnehmen wollen, und wenn wir um zwölf Uhr weggehen, so kommen wir noch früh genug!“

Bei dem Worte Wahlen schüttelten jedoch alle drei die Köpfe, wie drei Esel, welchen man eine Brotwurft vorhält, da sie doch lieber Heu frähen.

„Es wird in Thorillon ein Hof ausgelegt“, sagte Heiti, der älteste, „und ich habe abgeredet, dabei zu sein; es gibt einen großen Wettkampf zwischen den Thorli- und Karrlikonern.“

„Ich will an die Publisten Alibi gehen und ein Mädchen beschauen, von dem man mir gesagt hat. Es ist ja ausgemacht, daß ich heiraten soll“, sagte Jakobli, der zweite.

„Und ich“, fügte Peterli, der jüngste, hinzu, „will einmal sehen, ob ich den Hirzenwiti zu Büchelberg antreffe und ihm seinen Stuken abkaufen. Er wird wohl dahelme hoden, da heut die Wahlen sind.“

„So, so!“ sagte der Alte. „Ihr habt ja alle zu tun, wie die Braut im Bad! Aber erst hört noch ein Wort an von mir, eh' ihr an eure Geschäfte geht.“

Somit ging er über sein Wandschränklein, in dem er seine Papierschachen aufbewahrte, und nahm ein Bündelchen vergilbter Druckhefte hervor, mit einem alten weiß und blauen Schmalchen Kreuzweiss zusammengebunden und mit vielen Ohren und Bräuchen versehen. Es waren alle Verfassungen, die der alte Mann seit 1798 beschworen hatte, gewissermaßen die Originalausgaben, wie sie ihrer Zeit als stückgebunden dem Volke ausgeteilt wurden. Sie blühten ihn, als er sie jetzt auseinanderlegte, wie abgedorrte Blätter vom Baum des Lebens, und er gedachte fast mit einem Seufzer seiner fernem stürmischen Jugendzeit, des fremden Volkes, das er im Vaterland gesehen, des Anzugs, den er an den eigenen Mitbürgern miterlebte, aber auch der schließlichen Tage der Befreiung, die noch immer auf den Anzug, und des neuen Lebens, das noch immer auf das Absterben gefolgt war.

„Seht“, sagte er, indem er die Verfassung der helvetischen Republik zur Seite legte, „das ist die erste Verfassung, die ich beschworen habe; fahrlizert aber ist sie in Paris worden und hat uns kein Glück gebracht. Die sie gemacht haben, mußten nicht, was Schweizer sind, und wenn sie es erroteten Mägen, so würden

Der italienische Sozialistenkongress

Milano, 14. Oktober.

Der erste Redner des vierten Verhandlungstages, Ventini, verteidigt die Taktik der Reformisten, indem er vor allem hervorhebt, daß für die unter dem Faschismus schwer leidenden Arbeiter und Bauern eine Teilnahme der Partei an der Regierung von größtem Nutzen wäre, da nur hierdurch die Faschisten erfolgreich bekämpft werden könnten. — Ruffi erklärt, daß die Partei von Bologna vor zwei Jahren bei einem Kongress der Selbstauflösung, der von Livorno ein Kongress der Leidenschaften gewesen, während der gegenwärtige Parteitag ein Kongress der Ungewissheit und Unentschiedenheit wäre. Ruffi wendet sich nicht nur gegen die Taktik von Turati und Treves, sondern auch gegen die Serratis, dem er vorwirft, daß seine Anträge von Zweideutigkeiten strotzen. Wenn unter Antrag auf Ausschluß der Reformisten auch nicht die Mehrheit erlangt wird, werden wir trotzdem weiter in der Partei verbleiben und tapfer weiter wirken.

In der Nachmittags Sitzung erklärt Riboldi von der Gruppe Pazzari, daß er das in Moskau begonnene Werk weiterführen werde. Die Minderheit werde dennoch in der Partei verbleiben und weiter mitarbeiten. — Als nächster Redner spricht Friedrich Adler, der von der einen Seite mit lebhaftem Beifall, von der anderen mit fürchterlichem Lärm empfangen wird. Da man annimmt, daß Adler im Namen der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft reden will, wird er durch Zurufe: „Sie sind um ein paar Stunden zu spät gekommen“ am Sprechen gehindert. Erst als der Präsident erklärt, daß Adler nur in seinem eigenen Namen und nicht im Auftrag der Wiener Internationale sprechen wolle, kommt er zum Wort und überbringt dem Parteitag die Grüße der österreichischen Arbeiter. Er betont dann die Notwendigkeit der Schaffung einer einheitlichen Internationale. Hierauf legt Ventinoglio, der noch in Livorno zu den Befürwortern des Anschlusses an Moskau gehörte, die Gründe dar, aus denen er seiner damals eingebrachten Tagesordnung nicht mehr zustimmen könne. — Dann ergreift Serrati das Wort. Er polemisiert heftig gegen Pazzari, Ruffi und Riboldi. Dabei wirkt er in größter Erregung einem kommunistischen Journalisten, durch den er sich offenbar produziert fühlte, sein Wasserglas an den Kopf. Es entsteht hierauf ein ungeheurer Tumult. In allen Stellen des Saales kommt es zum Handgemeinen zwischen Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen. Erst nach langer Zeit tritt allmählich eine gewisse Beruhigung ein, die es Serrati ermöglicht, seine Ausführungen fortzusetzen.

Eine Gruppe der Kongreßdelegierten ist aus der maximalistischen Fraktion Serrati ausgeschlossen und hat sich als „Maximalistische Gruppe für die Dritte Internationale“ offiziell konstituiert. Dem Exekutivkomitee der neuen Fraktion gehören an: Ruffi, Pazzari, Riboldi und Corbetta. Von ihnen wurde dem Kongress eine Resolution vorgelegt, die erklärt, daß die Gruppe Turati einen sozialreformistisch-opportunistischen Charakter habe und daß ihre Anhänger sich selbst außerhalb der Partei gestellt haben. Der Parteitag sollte die Beschlüsse des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale annehmen, wogegen das Urteil der Exekutive der Kommunistischen Internationale über die Sozialistische Partei Italiens bezüglich seiner Form und einiger Beschlüsse zum Gegenstand einer objektiven Revision gemacht werden würde.

Die Erhöhung der Postgebühren

Im Reichspostministerium wurde mit dessen Verkehrsbeitrag der vorläufige Entwurf eines neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechtariffgesetzes durchberaten. Halbsamlich wird über die Vorschläge des Ministeriums a. a. m. folgende Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 7 Pf., über 20—50 Gramm 1 M., Fernverkehr bis 20 Gramm 1 M., über 20—100 Gramm 1,50 M., über 100—250 Gramm 2 M., Dienstliche Aktenbriefe von Behörden über 250—500 Gramm 3 M.; Postkarte im Ortsverkehr 50 Pf., Fernverkehr 75 Pf.; Drucksachenkarte 20 Pf.; Drucksachen bis 50 Gramm 30 Pf., 50—100 Gramm 40 Pf., 100—250 Gramm 1 M., 250—500 Gramm 2 M., 500 Gramm bis ein Kilogramm 3 M.; Pakete (bis ein Kilogramm) 4 M., Pakete: Pakete bis 5 Kilogramm 4 M., 5—10 Kilogramm 8 M., 10—15 Kilogramm 14 M., 15—20 Kilogramm 20 M.; Fernpakete 6, 12, 22, 30 M. Einschreibgebühr 2 M.; Postanweisungen bis 50 M. 1 M., 50—250 M. 2 M., 250—500 M. 3 M., 500—1000 M. 4 M., 1000—1500 M. 5 M., 1500—2000 M. 6 M. Zustandsgebühren: Briefe bis 20 Gramm 2 M., je weiteren 20 Gramm 1 M.; Postkarten 1,20 M. und Drucksachen 40 Pf. für jede 50 Gramm. Zahlartengebühr 50 Pf. bei Beträgen bis 50 M., 1 M. bei 50—500 M., 1,50 M. bei 500—1000 M., 2 M. bei 1000—2000 M., 3 M. bei 2000 M. Telegramme 50 Pf., mindestens 5 M., Ferntelegramme die Hälfte. Fernsprechtariff Erhöhung um 20 v. H.

ein, warum ich immer lausen soll, wenn der Statthalter pfeift; wenn es mir einmal nicht mehr gefällt, so werde ich schon gehen!“
„So? Reinst du?“ erwiderte der Alte. „Das ist freilich eine besondere Art, keine Befriedigung zu bezeugen, wenn man sich verneigt und stillschweigt, wie eine erschrockene Maus. Wie sollen die, welche die Sache setzen, denn merken, daß sie es dir recht machen? Und wenn du mit einer Sache zufrieden bist, mußt du nicht trachten, daß sie Bestand habe und auf einem festen Grund gebaut sei? Der letzte Grund für ein Regiment ist aber die lebendige Teilnahme des Volkes. Ein General, der von einer Kirche voll Bürger gewählt ist, hat ein ganz anderes Herz im Leibe als einer, den einige Duzend Männlein gewählt haben. Er hat vor diesen gar keinen dankbar und ärgert sich über ihre kleine Zahl, statt ihnen dankbar zu sein. Wie? Du befehlst zu jeder Jahreszeit, sei die Hoffnung groß oder gering, dein Feld, damit es nicht an dir liege, wenn es fehlen soll, und du bist zu faul, alle vier Jahre einmal den Acker des Landes bestellen zu helfen, damit es nicht an einem kräftigen Erbreich fehle, wenn dieses wachsen will? Du magst nicht eine Stunde lang in die Kirche gehen, weil du ein Schaf auslesen mußt? Glaubst du, das werde auf die Dauer Raatomanier mit Worten auf den Bühnen geben, die von solchen Zufriedenheitsleuten nicht sowohl bewahrt, als wählen gelassen worden sind?“
„Du pflegst und säest auf deinem Feld, ohne zu wissen, was du erntest, und doch bist du nicht verdrissen, es zu tun; da, wo du aber weißt, was du erntest, wo du dein Schicksal in der Hand hast, da scheust du dich zu Hien und glaubst, es wachse dennoch. Zuletzt aber wird es nicht mehr wachsen oder wenigstens nicht, was dir gefällt.“
„Das ist alles recht“, sagte Selzi, „wenn es nur auf mich allein anläßt und wenn ein einzelner Mann die Wahlen macht!“
Der alte Bergmann suchte die Köhnen und erwiderte: „Das ist immer die Rede von deinesgleichen, und es ist eine falsche Bescheidenheit, die Zwillingsschwester deiner unehelichen Zufriedenheit. Wenn der Feind kommt, wenn Feuer ausbricht, wenn die Wasser aussteigen, so geht jeder umgehenden, und keiner sagt, auf den einzelnen Mann komme es nicht an. Es ist eine Gedankenlosigkeit, wenn du sagst, nicht so verhalte es sich mit der Ausbildung starker Bürgerpflichten, wie die Wahlen zum Beispiel sind. Wenn gleichen unmerkbar und langsam, so trägt im Gegenteil jeder einzelne Mann durch sein Verhalten zur allmählichen Ebnung des Allgemeinen bei, und jedenfalls möchte ich nicht immer mit Gewalt der Fein, auf welchen nichts aufkommt!“
„Und wie steht es mit dir, Meister Veitzi, du willst einen Stupen laufen? Das scheint schon was Besseres, als ein Schaf auszuliegen. Aber ist es deine wirkliche Ansrede, oder hast du auch einen höheren oder tieferen Grund, wie dein waderer Zufriedenheitsbruder?“

(Fortsetzung folgt.)

Gegenüber diesem Entwurf hat der Verkehrsbeitrag erklärt, daß eine abermalige Erhöhung der Fernsprechtariffe schon mit dem Inkrafttreten der geplanten übrigen Vorlagen im wesentlichen erlösche. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung der Telephonengebühren wurde vom Verkehrsbeitrag mit überwiegender Mehrheit angenommen. Ebenso der Entwurf eines Gesetzes zur Anwendung des Posttariffgesetzes, wobei jedoch der Verkehrsbeitrag zur Erhöhung stellte, bei Einschaltungen mit Zahlkarte eine Gebühr von 50 Pf. bei Beträgen bis 100 M. (nicht bis 50 M.) zu erheben und dementsprechend die Gebühr von 1 M. bei Beträgen von mehr als 100 bis 500 M. vorzusehen. Zu dem Entwurf eines Gesetzes über Postgebühren hat der Verkehrsbeitrag beantragt, die Postkartegebühr im Ortsverkehr auf 40 Pf. und im Fernverkehr auf 60 Pf. zu ermäßigen, die Gebühr für Drucksachenarten auf 20 Pf. herabzusetzen und die Gebühr für schwerere Drucksachen über 250 bis 500 Gramm auf 1,50 M., sowie über 500 Gramm bis ein Kilogramm auf 2 M. zu ermäßigen.

Mindestens 5 Millionen Mark

kosten der Stadt Berlin die Neuwahlen am 16. Oktober, die nur auf Betreiben der Bürgerlichen aufgeschoben werden mußten. So veräußern die bürgerlichen Parteien das Geld der Steuerzahler, nur um ihre nackten Parteinteressen zu befriedigen:

Sie wollen die Mehrheit erringen!

Die Vermögenswachsteuer soll jetzt auf Betreiben der Bürgerlichen ebenfalls für ungültig erklärt werden. Warum? Weil die Besessenen steuerlos sind!

Die bürgerliche Mehrheit

würde das durchzuführen, was die bürgerlichen Parteien jetzt schon anstreben. Das wird veränderbar werden. Den Parteien, die so leichtfertig das Geld der Steuerzahler verschleudern, die die finanzielle Gefundung Berlins im Interesse ihres Geldsacks verdrängen, muß am 16. Oktober eine gründliche Niederlage bereitet werden durch einen

Sieg der Unabhäng. Soziald. Partei!

Eine demagogische Wahlparole

Los von Groß-Berlin

Die „Berliner Morgenpost“ bringt einen Leitartikel, der sich gegen die Zerstückelung der Einheitsgemeinde wendet, die von den Rechtsparteien angestrebt wird. Da aber die Demokraten der Rechtsparteien sekundieren, sind die Ausführungen ein Schlag ins Gesicht der eigenen Partei. Immerhin ist die Argumentation so zutreffend, daß wir nachstehend einiges wiedergeben:

„Am nächsten Sonntag finden die Stadtordnernetwahlen in Groß-Berlin statt. Sie werden vielfach unter der Parole der Wiederaufhebung des Groß-Berliner Verwaltungsgebietes demagogisch vorbereitet.“

Die Agitation findet in der ungeheuren Vergeßlichkeit der öffentlichen Meinung und der einseitigen Enttäuschung ihrer allzu vorläufigen Erwartungen einen gefährlich günstigen Boden. Nur wenige vergegenwärtigen sich, wie vor der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft gewirtschaftet werden mußte und wie bei Fortdauer der Verwaltungsvorstelle die Verhältnisse zu werden drohten. Aus jener guten und gar nicht alten Zeit her liegen z. B. in denselben Straßen Berlins, Schönebergs, Wilmersdorfs, Adlershofs, Grünau, Heinersdorfs, Pantoms, Köpenicks und Wilhelmshagen die Gasleitungen von zwei Instanzen (Berliner und Englische) nebeneinander, in Berlin allein 140 000 Meter. In Charlottenburg, Wittenau und Lichtenberg laufen die Berliner Röhre neben denen der entsprechenden Gemeinden. Niederachsemeide ist von drei Leitungssystemen unterminiert. Von den 43 Gaswerken im Groß-Berliner Bezirk, die 151 Gemeinden versorgen, waren einige an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, andere wiederum konnten nicht voll ausgenutzt werden. Für die Elektrizitätsversorgung sind viele un-

rentable kleinere Werke gebaut, in der Wasserversorgung herrschte eine trübselige Planlosigkeit. Die Aufstellungen freuten sich unter der Erde hundertsch, was kein Wunder ist, wenn jede Gemeinde auf eigene Faust nach einer Wasserstelle suchen gehen muß. Stieglitz trat mit Kaulsdorf in Verbindung!“

„Vom Steuerwesen, vom Schulwesen, Sanitätswesen und Armenwesen gar nicht zu reden. Und vom Verkehrswesen erst recht nicht, denn das gäbe ein ganzes Buch. Die Feststellung der Zuständigkeiten auf allen diesen Verwaltungsgebieten und die Abgrenzung des Rechts erfordert ein Heer von juristischen Hilfsarbeitern, die in nie abbrechender Prozeßfolge Arbeit laien, volkswirtschaftlich bewertet aber völlig überflüssig waren.“

„Nun sagen die Leute, die alte Schmerzen so schnell vergessen, aber neue Schmerzen um so lebhafter empfinden, es sei ja auch nicht besser geworden. Zunächst ist das nicht wahr. Einiges hat sich schon gebessert, z. B. im Verkehr. Aber es ist doch ein unvernünftiges Verlangen, daß in weniger als einem vollen Jahre alle die Verfassungen entwirrt werden sollen, die durch eine Verwaltungsanarchie von Jahrzehnten zurecht gepakt worden sind.“

„Fehler, die einmal gemacht sind, kann man nicht schnell wieder gut machen, aber man kann Maßregeln dagegen treffen, daß sie nicht wieder gemacht werden. Dazu dient nun die Groß-Berliner Verwaltungseinheit. Manches würde schneller gemacht werden, wenn wir nicht nach einem verlorenen Kriege händeln. Aber in zehn Jahren werden sich viele wirtschaftliche Wunden ausgeheilt haben und dann wird der Berliner Bürger auch deutlich erkennen und fühlen, was ihm Groß-Berlin geleistet hat und noch fernerhin zu leisten vermag. Deshalb heißt es jetzt: fest an dem Einheitsgedanken halten und sich nicht durch die Demagogie der Steuerlosen auf der einen Seite und des politischen Parteinteresses auf der anderen Seite von ihm abbringen zu lassen.“

Die gute „Morgenpost“ scheint nicht zu ahnen, was sie mit diesen sehr richtigen Feststellungen ihren eigenen Demokraten für schallende Ohrfeigen versetzt. Durch die Listenverbindungen — siehe den Ordnungsbuch in Copend., der von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen reicht — wie durch den gemeinsamen Kampf des Bürgeriums, wirkt die demokratische Partei praktisch gegen die Einheitsgemeinde. Wer alle oben geschilderten Mißstände mit beseitigen helfen will, gebe seine Stimme am 16. Oktober der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Deutschvolksparteilicher Schwindel

Herr Bruno Hütigen, Stadtnotarter und Mitglied der Deutschen Volkspartei, besorgt die Wahlgeschäfte seiner Partei recht ungeschickt. Er weiß in seiner Korrespondenz, die natürlich von der bürgerlichen Presse bereitwillig abgedruckt wird, zu berichten, die Nachrichten von der Gefundung der Berliner Straßenbahn seien ein Wahlbetrug, die Straßenbahn arbeite mit Defizit.

Der tüchtige Agitator muß sich eine Nichtigstellung durch den Leiter der Straßenbahn, Stadtbaurat Dr. Adler, gefallen lassen. Sie lautet:

Die von einem Korrespondenzbureau verbreitete Nachricht, daß die Straßenbahn mit einem Unterschlag arbeite, ist falsch. Die Straßenbahn ist in der Lage, den Netzbetrag an Einnahmen und Gehältern von 4,2 Millionen Mark monatlich ohne Verlust zu decken. Der Ueberschuß im Monat August beträgt nach Zahlung aller Abgaben über 3 Millionen Mark.

Wähler und Wählerinnen! Gebt den strapulosen Wägern der bürgerlichen Presse am 16. Oktober die richtige Antwort und stimmt für die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Geld sinkt nicht

Im Angeigenteil der demokratischen „Morgenpost“ vom 13. Oktober findet sich ein großes Inzerat folgendem Wortlaut:

Wer hat Euch diese Wahl ermöglicht? Die Deutsche Volkspartei. — Wählt sie!

Nein, wählt sie nicht! Die Deutsche Volkspartei hat vor der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, selbe wie sie ist, verschwiegen, warum sie Klage auf Auflösung der Stadtordnernetversammlung erhoben hat. Nach der Entscheidung hat sie ihre wahre Absicht, zufrieden grinzend, zugegeben und erklärt: Nur um dem Bürgerium Gelegenheit zu geben, die Mehrheit zu erringen! hat sie die Klage erhoben. Sie soll ihres Sieges nicht froh werden.

Gebt aber auch einem demokratischen Organ wie der „Morgenpost“, die im Inzeratenteil für die Partei wird, die sie in manchen Artikeln bekämpft, endlich den Laufpaß!

Umschulungskurse für erwerbslose Frauen

Das Landesarbeitsamt Berlin (Frauenreferat) berichtet über einige weitere jetzt beginnende bzw. zu Ende gehende Kurse für Erwerbslose. Am 12. Oktober beginnen zwei Fortbildungskurse für erwerbslose Stenotypistinnen in der zweiten Schule für Mädchen, Brandenburgstraße 87, und in der Fortbildungsschule Schöneberg, Rühlensstraße 15. Wegen des Mangels gerade an perfekten Kräfte wurden nur solche Teilnehmerinnen zugelassen, die das System gut beherrschen und nur durch längere Erwerbslosigkeit bzw. dadurch, daß sie vielleicht während des Krieges und der Revolutionszeit in anderen Berufen tätig waren, so vollkommen jede Gelbtheit verloren haben, daß sie Stellungen als Stenotypistinnen anzunehmen nicht in der Lage sind. Diese Auswahl wird es möglich machen, die Teilnehmerinnen innerhalb acht Wochen durch die Praxis zu brauchbaren Kräfte heranzubilden.

Am 15. Oktober wird ein Kursus, in dem Erwerbslose zu Kurbschneiderinnen ausgebildet werden, beendet sein. Es ist der zweite dieser Art, den das Frauenreferat einrichtet. Gerade mit diesen Kurbschneider-Kursen hat das Landesarbeitsamt außerordentlich gute Erfahrungen gemacht. Alle Teilnehmerinnen hielten mit großem Fleiß und Eifer bis zum Schluß aus und sind nach Mitteilung der Lehrer — die Kurse finden in der höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie statt — alle so weit vorgekommen, daß sie sofort praktische Arbeit anzunehmen imstande sind. Hingegen ist es, daß die Teilnehmerinnen des ersten Kursus sämtlich in Arbeitsstellen untergebracht werden konnten und jetzt gut bezahlt werden.

Am 17. beginnt in der Pflichtfortbildungsschule Georgenkirchstr. ein Berufsschulungskursus für erwerbslose Näherinnen. Es handelt sich hier um eine Art der Umschulungskurse. Er unterscheidet sich von diesen dadurch, daß er noch stärker als sie den Charakter einer ausgebildeten Köchin trägt. Es ist ein erster Versuch, auch ältere und nicht mehr voll erwerbsfähige Kräfte so weit heranzubilden, daß sie in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Teilnehmerinnen sind ältere ungeliebte Näherinnen, die z. B. während des Krieges Sanitätsgehilfen, oder für eigenen Bedarf ein wenig auf der Nähmaschine herumgestümpert haben. Sie bilden denjenigen Teil der Erwerbslosen, dem unter den heutigen schwierigen Verhältnissen kaum je Arbeit zugewiesen werden kann. Da es sich um ältere, nicht mehr bildungsfähige Kräfte handelt, muß man selbstverständlich von vornherein darauf verzichten, sie umschulend, d. h. ihnen wirklich nochmals eine regelrechte Berufsausbildung zuviel werden zu lassen.

Es bestehen seit längerer Zeit gute Arbeitsmöglichkeiten für Wappelschürzen-Näherinnen. Für diese eine Arbeit sollen daher unsere Frauen in kurzfristigen Kursen geschult werden. Sollte dieser Kursus sich bewähren, so werden wir auch für andere Wäsche-Näherer Frauen heranzubilden. Das Landesarbeitsamt kennt sehr wohl die Einwände, die man gegen eine solche Art der Schulung erheben könnte. Aber es wird

Tobens „Wildente“ (Neues Volkstheater)

Als ich neulich eine Aufführung von „Tobens „Wildente“ sah, erschien mir der Kampf gegen kleinbürgerliche Rücksichtseligkeit doch schon verstanden und überholt. Bei der „Wildente“ kann keine Rede davon sein. In uns allen ist zuviel von dem Hjalmar Ekdal, der sich durch kein verpfushtes Leben hindurchschlängelt und vor den Idealen seiner Jugend reitet, indem er an ihre unmöglichen Verzerrungen glaubt. Diese Relativität aller Wahrheit ist vielleicht die einzige Wahrheit, die länger als dreißig Jahre existieren kann; die Wildente, die sich im Sumpfboden festgekitten hat, ist unsterblich, und wir erleben in ihr das schillernde Schicksal der kleinen Menschen, die am Lichte der Wahrheit verbrühen, weil sie allzu schwach diein-getaumelt sind. — Trotz der sorgfältigen Aufführung unter der Regieleitung Kestners wirkte im Neuen Volkstheater das Schicksal freilich weniger fähig als explosiv. Es fehlte die dumpfe Stimmung und die innere Angst des Zuschauers, vor dessen Auge sich hier ja nur der Schicksal einer Tragödie abspielt. Auch der Reizung Fritz Wions hatte wenig von dem, was sich Toben bei dieser Rolle wohl gedacht hat. Er zeigte mehr Bonhomie als Annismus, obgleich er auch so überzeugend wirkte. Der Ekdal gilt als eine Rolle, nach der man einen Schauspieler schwer beurteilen kann, weil sie auf der Schneide zwischen Komödiantentum und Menschlichkeit spielt. Armin Schweizer war kein Komödiant und läßt sich seiner Bräutigam etwas zu schämen, er ist also kein guter Schauspieler. Jung und von echter Komödie war Franziska Roloffs Hedwig. Es berührte kompathisch, daß sie auf pathologische Ausformung verzichtete und sich bemühte, ein junges, verträumtes, mehrschönes Mädchen zu sein. Die anderen taten ihre Pflicht, und es kam eine anständige Aufführung zustande, wenn ihr auch die dumpfe Konsequenz Wions fehlte. H.E.K.

Zum Besten der Volksbühne am Königsplatz (Kroll-Bau) findet Sonnabend, 1/8 Uhr, in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshagen ein Herbstfest der Ordnerschaft der Volksbühne statt. Mitglieder erhalten Karten in der Geschäftsstelle, Dienststrasse 227 sowie bei den Ordnern.

Tages-Notizen

- Volkshörs. Spielplanänderung: Sonnabend „Sonat als Mitternacht“.
- Konnie Kalland in der Volksbühne, Friedrichshagen Sonntag, 7 1/2 Uhr, im Bürgerpalast des Rathauses aus Konnie Kallands Werken, vor. Einsteigen 1 M.
- Das Hübner-Orchester veranstaltet Sonntag, 7 1/2 Uhr, im Hübner-Saal einen Richard-Wagner-Abend. Eintritt: 2 M.
- Clara Polonskaja und G. Kuznetsov spielen Sonntag, 1/2 Uhr im Deutschen Theater in „Schöne Kanan“.
- Leop. Seltschewskijew wiederholt Sonnabend im Schwefelhof seinen Abend.
- Der Ostpreussische Landtag hat am Montag 8 Uhr einen Beschlusses im Hinblick des Herrschers, Dr. 2. Vizepräsidenten des Reichstages Dr. Bach hat sich über Minister Rath. Einsteigen 1 M.
- Erkrankte Theaterleute. Die Redakteur und Regisseurin liegen in der „Friedrichshagen“ im Krankenhaus für das am 16. Oktober in der Gipsakademie Kallands Werken der Dame, G. Polonskaja zum Einsteigen 1 M. aus. Programm: Hübner, Wagner, Besten.
- Opern-Spektakel und Musik-Fest hat vom Wiener National-Opernhaus an.

